

beiden Staaten und Völker, im Interesse des Sozialismus und des Friedens allseitig, kontinuierlich und dynamisch entwickelt sowie auf allen Gebieten ein hohes Niveau erreicht haben. Das vertrauensvolle und kameradschaftliche Zusammenwirken der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Bulgarischen Kommunistischen Partei erweist sich dabei immer wieder als die entscheidende Triebkraft.

Die Beschlüsse des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des XIII. Parteitages der Bulgarischen Kommunistischen Partei sind ein sicherer Garant dafür, daß sich die engen Freundschaftsbande zwischen unseren beiden Parteien, Staaten und Völkern auch weiterhin erfolgreich entfalten, noch intensiver und fruchtbringender gestalten werden.

Im unerschütterlichen Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft unternehmen unsere beiden Länder große Anstrengungen, um die Menschheit vor einem nuklearen Inferno zu bewahren, die Einstellung des Wettrüstens, die Beseitigung der Kernwaffen und den Übergang zur Abrüstung zu erreichen. Davon zeugen auch die Initiativen der DDR zur Schaffung eines von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Korridors sowie einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa und der VR Bulgariens zur Befreiung des Balkan von atomaren und chemischen Waffen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß sich die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten und Völkern im Geiste des Freundschaftsvertrages auch künftig unablässig vertiefen und entwickeln werden. Seien Sie versichert, daß die Deutsche Demokratische Republik dafür ihre ganze Kraft einsetzen wird.

Ich wünsche Ihnen, verehrter Genosse Shiwkow, und dem bulgarischen Brudervolk weiterhin große Erfolge bei der Erfüllung der Beschlüsse des XIII. Parteitages der Bulgarischen Kommunistischen Partei sowie Gesundheit und Schaffenskraft.

Erich Honecker
Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
und Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 14. September 1987